

3

EPISTEME UND EIGENNUTZ

DIE NATURWISSENSCHAFTEN gucken, sie beobachten und versuchen, das Wahrgenommene zu verstehen. Die Naturwissenschaften schauen auf etwas: auf physikalische, chemische oder biologische Systeme, und dieses Schauen, das schauende Erklären, die Deskription, wurde zum Sinnbild der Wissenschaft schlechthin: normatives Wollen wurde außerhalb der Wissenschaft gestellt, das *Vita activa* dem *Vita contemplativa* (Hannah Arendt) gegenübergestellt.

Außerhalb der Kosmologie ist eine strikte Trennung zwischen Beschreiben und Machen jedoch kaum möglich. Wir beschreiben Phänomene, weil wir sie zu verstehen suchen, und wir möchten sie verstehen, weil wir das Verständnis für das Machen nutzen wollen. Der Übergang vom Deskriptiven ins Normative (und zurück) ist fließend. Es existieren Wissenschaften, die auf dem Deskriptiven fußen, die aber in ihrem Fo-

kus auf das Normative ausgerichtet sind: das Ingenieurwesen, die Medizin, die Betriebswissenschaften. Andere Wissenschaften sind in einem Graubereich angesiedelt, im fließenden Übergang zwischen den Eckpunkten des Beschreibens und Wollens: die Ökonomie gehört zu diesen und die Sozialwissenschaften generell.

Die Interaktion zwischen Forschen und Entwickeln, zwischen Beschreiben und Handeln, ist charakteristisch für die neuere Zeit. Zwar wird immer noch zwischen reiner und angewandter Forschung unterschieden, zwischen Wissenschaft und Ingenieurwesen, zwischen beschreibender Sozialwissenschaft und aktivem Eingreifen, aber die Unterschiede, aus wissenschaftlicher — erkenntnistheoretischer, epistemologischer — Sicht, sind kaum zu rechtfertigen, zu stark sind die Überschneidungen [Churchman, 1961]. Hingegen erscheint es wichtig zu wissen, in welchem Modus man arbeitet: beschreibend oder entscheidend, deskriptiv oder präskriptiv, erkennend oder wertend, feststellend oder evaluierend.

I

Kurz vor der Jahrtausendwende publizierte Martin Duberman [1999] eine Anthologie kleiner Schriften (1964–99) mit dem Titel *Left Out*. Der Titel ist ein Wortspiel: er bedeutet “ausgeschlossen” oder, auf das politische Spektrum bezogen, “links außen”. Beides trifft auf Duberman, als Homosexuellen und linken Intellektuellen, zu. Linke Gesinnung ist nicht notwendigerweise ein Attribut von Homosexualität, doch Duberman verbindet die beiden Eigenheiten seines Lebens durch die Reaktion der Gesellschaft, durch “die Politik des Ausschließens”.

Der Duden führt Synonyme zu ‘ausschließen’ auf: ausgren-

zen, aussondern, absondern, exkludieren, ausklammern, ausnehmen, fernhalten, nicht miteinbeziehen. Je nach Standpunkt und Kontext verbinden wir mit diesen Worten positive oder negative Konnotationen. Wird der Duden nach Synonymen zu ‘exklusiv’ befragt, so finden wir auch Bedeutungen wie “höchsten Ansprüchen genügend”, vornehm, vorzüglich, anspruchsvoll, edel, nobel, ausgewählt, ausgezeichnet, erstklassig. Hier scheiden sich die Geister also: links oder rechts? populär oder elitär? volkstümlich oder intellektuell? Ist es legitim, in bipolaren Modellen zu denken, und wenn, in welchen?

Ausschließen, ausgrenzen, ist oft ein Akt, der eine Population zweiteilt: in den Teil der Dazugehörenden, der Heimischen, und den Teil der Ausgegrenzten. Zünfte arbeiten nach diesem Prinzip; oder Burschenschaften; oder private Clubs. Ausgrenzungen sind aber auch die Folge subtiler, nicht-aktiver Entmischungsprozesse, die Arm von Reich trennen, Junge von Alten, Frauen von Männern. Die Entmischung, an sich, ist nicht das Problem, zumindest dann nicht, wenn sie von allen Individuen so gewollt wird. Fußball-Fans dürfen sich von Personen, die mit dem Fußball nichts am Hut haben, als Interessengruppe abgrenzen, und Liebhaber des Walzers von jenen des *lindy hop*. Auch ein meritokratisch geregelter Zugang zu Institutionen, wie wir ihn von Musik- bzw. Kunsthochschulen oder Universitäten her kennen, oder eine Auswahl von Kandidaten (für ein Amt, für eine Position) ist zulässig. Probleme entstehen dann, wenn Gruppierungen, wenn Institutionen *gate-keeper*-Funktionen wahrnehmen, die als diskriminatorisch einzustufen sind. Und schließlich kämpfen Gesellschaften mit verinnerlichten Schranken, die es zu sprengen gälte.

Duberman sieht die Welt mit den Augen des *outsider*, und er begreift sein Linkssein vor allem als ein Prozeß der Befrei-



ung, als ein Anschreiben gegen die Ausgrenzung. Sein *Left Out* behandelt Sklaverei, *gender* und Sexualität, amerikanische Außenpolitik (Vietnam, Kuba, Irak), *black power*, Bildung und 1968 (circa), Homosexualität und Feminismus, et cetera. Ökonomie, ein Novum fast für einen Text der linken Observanz, fehlt fast gänzlich, zumindest in expliziter Form. Lediglich in seinem letzten Aufsatz widmet er sich einem breiteren Thema, einer linken Agenda, und dies als Antwort auf ein generelles Unbehagen unter Linken über eine Fragmentierung des politischen Engagements (fokussiert auf Teilpopulationen der Gesellschaft).

Die Ausklammerung der Ökonomie in Dubermans Votum irritiert. Es scheint, als würde dieser ein ökonomisch inspiriertes Argument weglassen, weil er es für überflüssig hält: zu offensichtlich sprächen die entsprechenden Daten. Dann macht er sich für eine Minderheitenpolitik — oder besser, eine *identi-*

ty politics — stark, weil er sich von diesem Fokus (*race, ethnicity, gender, sexual orientation*) eine Winkelriedfunktion verspricht, von der die gesamte Gesellschaft profitieren würde:

[...] every time you push an antiracist, profeminist or gay agenda you are likely to harden the opposition. But [...] polarization is how social progress takes place. Until the abolitionists attacked slavery, for example, the white South hadn't bothered to develop a formal ideological defense of the institution. The polarization of public opinion around a given issue signals that a heightened level of social dialogue has begun.

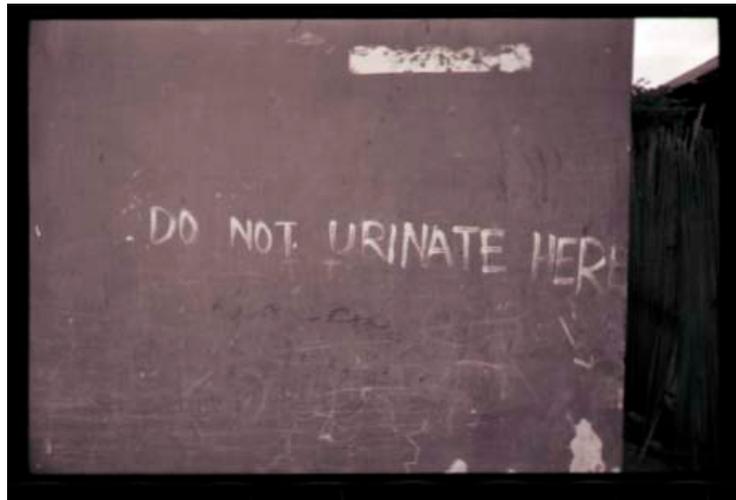
| 5

Er wendet sich somit gegen die Kritik der *angry straight white men on the Left*, die ein *identity movement* ablehnen, weil sie sich dem Ganzen widmen möchten, der Gesellschaft, nicht lediglich einzelnen Aspekten oder Exponenten¹.

Die Vorstellung, bestimmte gesellschaftliche Aspekte einer kritischen Sicht zu unterziehen, heißt nicht, diese von ihrem Kontext zu isolieren, sie aus dem Zusammenhang herauszulösen; und es kann durchaus sein, daß der Fokus auf das Singuläre die Zusammenhänge erst — und sukzessive, im Sinne eines sich entfaltenden öffentlichen Diskurses — sichtbar macht. Aus meiner Sicht ist dies so; aber es bedingt auch, daß der Kontext im Diskurs mitgedacht wird. Gleichstellungspolitik hat nur dann eine nachhaltige Wirkung, wenn sie nicht lediglich eine enge Agenda verfolgt, sondern den Rahmen, die fernen Implikationen auch, miteinbezieht.

Gleichwohl befremdet Dubermans Ausklammerung vieler Themen von Bedeutung, so das Nord-Süd-Gefälle, Fragen der Globalisierung bzw. der Umwelt- und Ressourcenproblematik, die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen, die

¹*Identity politics* rüttelt auch ordentlich am Konzept der Demokratie, die in der Vergangenheit darauf baute, daß Menschen Menschen vertreten können (also Ältere eben Jüngere, Frauen Männer, et cetera), ähnlich, wie Eltern für ihre Kinder besorgt sind, oder später Kinder für ihre betagten Eltern.



Konkurrenz der Nationalstaaten durch Firmenkonglomerate, die schleichende Außerkraftsetzung demokratischer Institutionen (dort, wo sie noch existieren) und das lukrative Geschäft mit autokratisch regierten Staaten, die Ökonomisierung der Kultur. Ich frage mich eben, ob eine ethische Haltung eine politische Ökonomie, eine Darstellung der Zusammenhänge, erübrigt.



Was wären linke Positionen? Paul Goodman wünschte sich (um 1950) ein New York ohne Privatverkehr; er wandte sich (um 1960) gegen unangebrachte Werbung in Medien und Schulbüchern; er befürwortete Arbeit, die seitens der Arbeitenden als befriedigend, als sinnvoll angesehen wird; er sprach sich für Dezentralisierung aus, für lokale Initiativen; er widersprach strikten Regeln, Zwang; er widersetzte sich puritanischer Ge-

sinnung, Verdrängung und Vorurteil. Amerikanische Studenten protestierten (um 1965) gegen einen sich entwickelnden Vietnam-Krieg. Deutsche und französische Studenten wünschten sich (circa 1968) ein Mitspracherecht an den Universitäten [Herbst, 2009]. Die Positionen der folgenden Jahrzehnte sind ähnlich: sympathisch, aber sicherlich keine konstitutiven, kreativen Entwürfe, die dem geltenden Regelwerk als Alternative dienen könnten.

Klar, die Linke ist, ähnlich wie dies von der konkreten Kunst auch behauptet wird, tot. Dies gilt in unserer Hemisphäre sicherlich für die Zeit nach 1980, mit seinen primären Exponenten Margaret Thatcher und Ronald Reagan, und dem schließlichen Kollaps der UdSSR. Nicht daß die UdSSR der Nachkriegszeit der westlichen Linken als Inspiration hätte dienen können; aber ihr Zusammenbruch beflügelte einen Vulgärkapitalismus, den man gern durch Meckie Messer und Polly Peachum nachempfunden sah oder in den Zeichnungen eines George Grosz — den man aber eigentlich schon ausgestorben wähnte.

Um 1950 entstand ein Wort wie ‘Sozialpartnerschaft’, das dann um 1985 den Höhepunkt seiner Nutzung erreichte. Der Begriff ‘Sozialstaat’, der noch aus dem 19. Jahrhundert entstammt, fand etwas häufigere Nennung bis um die Jahrtausendwende, worauf sie sich auf diesem Niveau einpendelte. Hingegen fanden sich im Deutschen Worte wie *Outsourcing*, das um 1985 Gebrauch fand, und zwar schließlich häufiger als ‘Sozialstaat’, und rund zehn Mal häufiger als ‘Sozialpartnerschaft’. *Outsourcing* bezieht sich nicht lediglich, im Rahmen der Globalisierung, auf die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Hochlohnländern nach Regionen billiger Arbeitskraft (die dann dort, im Duktus der Politiker, die Wirtschaft ankurbeln); *Outsourcing* bezieht sich auch auf die Auslagerung von Stellen bei Fir-



men und Staatsbetrieben, die sich dem Einfluß der Gewerkschaften entziehen. Durch die lokale Auslagerung werden Arbeiten nicht effizienter erledigt (weil in der Regel gar kein komparativer Vorteil existiert), aber es ist leichter, sich der sozialen Verantwortung, die mit einer Sozialpartnerschaft einhergehen würde, zu entziehen.

Dann sei noch auf das lustige ‘Controlling’ verwiesen, das es in dieser Form, als Substantiv, im Englischen gar nicht gibt, von dem man nicht weiß, was es soll (es hat keine direkte Entsprechung in anderen Sprachregionen). Gleichwohl findet sich im deutschsprachigen Raum kaum ein öffentliches Amt ohne ein Controlling-Büro, und der Begriff wird heute mehr als drei Mal häufiger verwendet als *Outsourcing*. In der Sprache spiegelt sich der Wandel der Gesellschaft: *Outsourcing* und ‘Controlling’

sind *in*, ‘Sozialstaat’ und ‘Sozialpartnerschaft’ *out*².



Der *Forward*, die englisch-sprachige Version einer der wenigen noch verbliebenen yiddischen Zeitungen, berichtet (im Januar 2016) über Rabbi Lila Kagedan, einer Absolventin der YESHIVAT MAHARAT und Mitglied des Mount Freedom Jewish Center in Randolph, NJ. Kagedan macht sich Gedanken über den Zweck von Titeln, akademischen und anderen, und ihrer Rolle im Rahmen der natürlichen Autorität, über das Attribut ‘Frau’ im Kontext des Ordinariats, über die Rolle des Rabbis. Sie spricht sich dabei gegen Titel aus, die gemeinhin als Türöffner dienen, als Merkmal einer unüberprüften Legitimität, die es zu klären gälte, und die auch Personen ohne Titel zustehen könnten:

[...] ultimately, the title is only a label. More important is the work that [one] does, and will do.

Einverstanden.

Titel, im ökonomischen Sinn, sind auch eine Währung, mit der Anerkennung, Vertrauen und Einfluß gekauft werden kann. Sie sind nicht lediglich Bescheinigungen über erfolgte Ausbildungen, die Informationen über erworbene Fähigkeiten vermitteln würden, sondern sie werden genutzt im Sinne des Ordens, als ein billiger — ökonomischer — Ersatz der Recherche, der Überprüfung: der Titel erübrigt diese. *The title is the message*, könnte man, in Anlehnung an Marshall McLuhan, sagen.

Werden akademische Titel als Währung erstrebt und genutzt, wird Bildung korrumpiert. Der Abschluß einer Studienstufe bescheinigt ein zurande kommen mit einer Materie,

²Es existiert z.B. eine Deutsche Gesellschaft für Management and Controlling in der Sozialwirtschaft e.V. (DGCS), eine Gesellschaft für Controlling e.V. (GfC), eine Schweizerische Gesellschaft für Medizincontrolling, et cetera.

die dieser Auseinandersetzung willen hätte erfolgen sollen — zumindest dann, wenn einem braven Bildungsideal nachzueifern wäre. Allerdings waren Berufswahl und Studium nie frei von pekuniären Überlegungen: Abschlüsse und Titel waren und sind käuflich [Schwinges, 2007] oder werden sonstwie ergaunert (wie die jüngsten Skandale in der Bundesrepublik zeigen); Einkommen werden oft nicht meritokratisch bestimmt und sind wohl eher schwach mit basalen Fähigkeiten korreliert. Lüge, Betrug und Anpassertum sind tief in der Natur verankert, als Teil einer allgemeinen Strategie des Überlebens — sonst gäbe es keine Tarnfarben im Tierreich, keine Chamäleons, keine Pfauen — , und sie finden sich eben auch in der menschlichen Gesellschaft bzw. den ökonomischen Systemen.

Was Rabbi Lila Kagedan *title* nennt, mögen die Ökonomen *signal* nennen, nämlich ein Proxy für Eigenschaften, für Attribute, die nicht verifiziert werden [Spence, 1974]: die Federpracht des männlichen Pfaus steht für Virilität, der Dokortitel für Sachkunde³. Das Zurschaustellen der ‘Signale’ erlaubt eine einfache, kostengünstige Kommunikation von Attributen, solange das Signal eben als verlässliches Zeichen einer effektiven — nachprüfbaren — Qualität wahrgenommen werden kann; *signaling* mag aber auch nicht-existierende Zusammenhänge kommunizieren, im Sinne eines Potemkinschen Dorfes.

³Siehe auch Fußnote ??, Seite ?. *Signaling* kann auch aus der Sicht einer erweiterten Semiotik betrachtet werden, bei der die verschiedenen Signale — die Roben der Kardinäle und Richter, die Talare der Rektoren, Gucci-Taschen und Hermès-Foulards, Tätowierungen und *piercings*, die Qualität des handgewobenen Tweeds, ausgefranste Jeans, Sprüngli-Plastikbeutel, et cetera — als Attribute einer Botschaft zu lesen wären. Ähnliches könnte auch für die *gender*-gerechte Sprache gelten, mit der sich der Autor in der Regel eher als Nachplapperer zu erkennen gibt (und nicht primär als Verfechter einer Gleichstellung der Geschlechter).



Im ersten Fall erfüllt *signaling* eine Kosten-mindernde Funktion (indem lediglich das Signal perzipiert werden muß und genauere Abklärungen hinfällig werden); im zweiten Fall dient es — schließlich — der Gleichmacherei (ein Pfau ist dem anderen ähnlich) oder der Kastenbildung — und der Abgrenzung gegenüber jenen, die über dieses Signal nicht verfügen.

Mit dem Mißbrauch leidet der verlässliche Zusammenhang von Signal (Zeichen) und Attribut (Referent). Der Prozeß, der zum *signaling* führte, zur Darstellung eines komparativen Vorteils, wird sukzessive verwässert, wird von Trittbrettfahrern genutzt, kommt auf eine “schiefe Bahn”, wie der Volksmund sagt; das Signal verliert seine Wirkung, mag gar zur Farce werden. Der Titelträger, der auf seinen Titel pocht, wird durch jene, die auch auf ihre Titel pochen, in die Enge getrieben, zum lächerlichen Ordensschmuck gedrängt. Werden Titel beachtet,

die wenig aussagen oder gar irreleiten, werden Titel übermäßig zelebriert, leidet der Diskurs.



12 |

Jüngst schaute ich im Museum Rietberg einen älteren Dokumentarfilm über einen Markt in Papua-Neuguinea. Der Film zeigte den Stand eines Fischers mit seinem Fang, schön assortiert auf einem Tuch und ausgebreitet auf dem Boden. Bauern zogen an diesem Stand vorbei, mit einem Korb von Früchten, von Gemüse; sie wählten zwei-drei Fische, und der Fischer wählte seinerseits das eine oder andere aus dem jeweiligen Korb des Bauern, der ihm präsentiert wurde — oder er gab zu verstehen, daß er an der angebotenen Ware kein Interesse hätte. Die Tauschaktionen brauchten nicht viel Zeit: wenige Sekunden, wenige Gesten oder Worte, bis man sich verständigt hatte, bis man sich einig wurde.

Das Bild dieses idealtypischen, funktionierenden Marktes war stark. Die Transaktionen, ohne Geld, waren selbstverständlich, getragen vom gegenseitigen Wissen über die der Ware innewohnenden Arbeitskraft, vom Konkurrenzangebot nebenan, ganz im Sinne von Marx' Vorstellung der Arbeit als gemeinsamer Währung. Technologie oder Kapital spielten in der Gesellschaft, die hier portraitiert wurde, wohl kaum eine Rolle, und Angebot und Nachfrage waren im Gleichgewicht: die Wassertiere wurden täglich gefischt, und Früchte und Gemüse alle Tage gepflegt und geerntet. Geld war hier nicht nötig; das Angebot war transparent, offenkundig, ohne die Notwendigkeit der Anpreisung, der Reklame, des Signals; List, Betrug, Prellerei hatten keinen Platz. Der Film behandelte das Treiben auf einem Markt der Nahrungsmittel; der Markt der Schamanen funktioniert wohl anders.



Prozesse der schiefen Bahn, gibt es so manche, von der Kleinkriminalität zur großen Delinquenz, vom gelegentlichen Rausch zum Drogenmissbrauch, aber sie finden in der Ökonomie selbst oft nicht genügend Beachtung. Die schiefe Bahn verweist auf eine latente Instabilität einer Situation, die, einmal destabilisiert, einem anderen Equilibrium zusteuert. Steuereinnahmen und Staatsausgaben bilden in der Regel, um ein Beispiel zu nennen, ein Gleichgewicht, aber eine Destabilisierung kann dazu führen, daß innerhalb weniger Jahrzehnte das Grundverständnis der Finanzierung öffentlicher Einrichtungen untergraben wird. Diese schiefe Bahn wird, so fürchte ich, ganz bewußt genutzt im Sinne einer rechten Agenda, und wo dieses Benutzen nicht bewußt erfolgt, geschieht es aus Dummheit und opportunistischen Gründen: es ist die schiefe, glitschige Bahn, der man sich bedient, um einen Sozialstaat oder eine Sozialpartnerschaft einer überbordenden Privatwirtschaft — und einem modernen Analogon zum Feudalismus — auszuliefern.

| 13



Die linke Agenda erscheint unsichtbar, die rechte ist kryptisch: der Markt, die *invisible hand*, soll es richten; und dort, wo der Markt nur schwerlich herzuzaubern ist, bei den natürlichen Monopolen, müssen Quasi-Märkte her. Damit bedient sich die Rechte einer ehemals als links bezeichneten Position, die man mit dem Argument zu verunglimpfen suchte, ein sozialistisch orientierter Staat führe Quasi-Märkte (und künstliche Anreizsysteme *à la* Stakhanow) gezwungenermaßen ein, weil dieser über keine Märkte verfügt. Nun geschieht das Umgekehrte: der neue Kapitalismus bedient sich der Konstruktionen der ehemaligen Ostblockstaaten. Grundsätzlich spricht natürlich nichts gegen Märkte, dort, wo Märkte (im Sinne des Er-



finders) auch existieren. Aber diese Märkte sind rar, rarer jedenfalls, als die rechte Argumentation wahrhaben will.

Rechte Positionen sind wohl einfacher darzulegen, was bedeuten würde, daß sich die Linke in Abgrenzung zur Rechten zu definieren hätte — ein Unterfangen, das sicherlich nicht dem Gusto der linken Intelligenz entspricht. Viele Fragestellungen lassen sich schwerlich in ein Links-Rechts-Spektrum pressen, eher in eines des Links-Rechts: die gewerkschaftliche Positionen zur Sicherung der Arbeitsplätze gehen einher mit nationalistischen Tendenzen der Rechtsparteien, Freiräume für pädagogische Experimente mit Tendenzen zur Privatisierung von Schulen und Universitäten. Was wären rechte — nicht-fascistische — Positionen? Sicherlich einmal der Fokus auf den Markt, auf den Konsum, auch dort, wo gar kein echter Markt (im idealtypischen Sinne) existiert; die Tendenz, öko-

nomische Externalitäten (Emissionen, Zersiedlung, Grossrisiken, et cetera) nicht ins Kalkül einzubeziehen bzw. der Allgemeinheit aufzubürden; die Vorliebe für kurze Planungshorizonte; die Vorstellung, daß Bodenschätze (und natürliche Ressourcen generell) privat auszubeuten wären; die Vorliebe für *catch-as-catch-can*-Kulturen und den entsprechenden Rechtssystemen (zumindest so lange, als man die Oberhand behält); die Anbindung des Wohlstands generell an den Wohlstand Privater und privater Körperschaften; das Primat der Selbstverantwortung; die Hoffnung, bestehende Probleme durch künftige technologische Durchbrüche zu lösen; die weitgehende Diskreditierung des Staates; die Praxis, daß sich Geld der Rechtsstaatlichkeit entziehen kann (und, in den heutigen Größenordnungen, Nationalstaat und Demokratie *ad absurdum* führt).

Andere Positionen sind oft kaum in ein Links-Rechts-Schema einzuordnen: die (fehlgeleitete) Konstruktion des €; der Solidaritätsgedanke im Versicherungswesen; Fragen der Personenfreizügigkeit, der Präimplantationsdiagnostik, der Bildungs-, der Standortpolitik, der Verkehrspolitik; das (irrig) Konzept der Bologna Reform. Daß die US ihr öffentliches Verkehrssystem vernachlässigten und vernachlässigen, ist in erster Linie schlechte — nicht rechte — Politik; daß ihr Gesundheitssystem reformbedürftig ist, ist schlechter — rechter — Politik zuzuschreiben; daß die US über ein gut ausgebautes Netz öffentlicher wie privater Universitäten⁴ verfügt, ist ihrer Geschichte zuzuschreiben (ähnliches gilt, im umgekehrten Sinne, für die — staatlichen — europäischen Universitäten; allerdings sind die Erhöhungen der Studiengebühren in den US als Folge der mangelnden öffentlichen Finanzierung der Hoch-

⁴Bei den privaten Universitäten, die hier zur Debatte stehen, handelt es sich um *non-profit*-Institutionen.

schulen, und die schleichenden Erhöhungen der Gebühren in Europa, einfach einfältige — rechtslastige — Politik); daß ihre Primar- und Sekundarschulen öffentlicher Kritik unterstehen, hat mit den Schulen weniger zu tun als mit der Besiedlung und der Verteilung der Bevölkerung; und daß schlechter ausgebildete, ärmere Bevölkerungsschichten oft kränker sind, oder daß Gleichstellungspolitik mit Quotenregelungen nicht zu bewältigen sein wird, wird von linker Seite kaum thematisiert.



Nicht alles ist dem Markt zu unterstellen. Nicht alles, was technisch machbar ist, sei auch zu machen. Eine archaische, einfache Tat, der Mord, wird schon lange geächtet und, in den hiesigen Hemisphären zumindest, rechtsstaatlich geahndet. Mord und der Handel mit Organen werden diskreditiert, weil sie sich mit den Vorstellungen einer ethisch-funktional orientierten Civilisation nicht zu vereinbaren läßt.

Andere Akte wären in einem analogen Rahmen zu beurteilen: Passagierflüge ins All und auf den Mond; der computergestützte Devisenhandel, der es autonomen Robotern (Algorithmen) erlaubt, im Takt von Millisekunden Geschäfte zu tätigen (Hochfrequenzhandel); die Plünderung der Allmenden (der Meere, der Urwälder); die Ausbeutung der Bodenschätze. Weil wir keine Unterscheidung zwischen Lebenserhaltung und Lebensverlängerung machen, und weil auch gebildete Personen oft nicht in der Lage sind, statistische Kennzahlen (wie z.B. die Lebenserwartung) richtig zu interpretieren, finden wir heute allen Ernstes öffentlich finanzierte Forschungsgruppen, die sich Gedanken über ein ‘ewiges’ Leben machen, ohne auch nur ansatzweise ihre Prämissen zu hinterfragen bzw. die Implikationen anzusprechen.

Systeme, deren Wirkungsweise nicht einigermaßen ver-

standen wird, sollten, ähnlich wie dies bei den Pharmaka üblich ist, vor ihrer breiten Zulassung entsprechend untersucht werden. Eine Selbstbeschränkung tut not, auch dann, wenn die eigene Jurisdiktion, die eigene Staatsgewalt, Aktionen jener, die außerhalb dieser Jurisdiktion agieren, nicht tangieren kann: der Wettbewerbsvorteil, den jene ausschöpfen könnten, wäre wohl durch geeignete Regulative leicht im Zaum zu halten.

| 17

It is in the nature of the sphere of money and commodities that its extent is unlimited — until we limit it [Walzer, 2007, 305].

Auch Freihandelsabkommen zwischen Staaten und Staatengemeinschaften wären auf diesem Hintergrund zu beurteilen.

II

Soziale Konflikte und politische Diskurse werden oft auf dem Hintergrund einer Fortschritts-Vorstellung geführt: Positionen werden als fortschrittlich beschrieben, oder eben, auf dem Hintergrund solcher Vorstellungen, als reaktionär, als rückschrittlich. Die Vorstellung einer Geschichte, die sich gemäß ihrer eigenen Gesetze entfaltet, die aufzuspüren und dann entsprechend umzusetzen wären, beeinflusste vergangene Generationen verschiedenster Couleur. Es waren jedoch nicht nur historizistische, geschichtsphilosophische Haltungen, die einen fast nahtlosen Übergang vom Deskriptiven ins Normative begünstigten; wir finden umgekehrt auch idealtypische Vorstellungen, welche die Sicht des Gegenwärtigen prägen.

Politische Diskurse und ökonomische Theorien sind voll solcher Umkehrungen: das Soll wird mit einem Ist gerechtfertigt.



tigt, das so weder untersucht noch verifiziert wurde. Normative Vorstellungen bezüglich Gesellschaft und Wirtschaft werden in der Regel nicht als Projekte verstanden, als Entwürfe von Artefakten, sondern als eine Vollendung einer natürlichen Situation, die ihrer Entfaltung, ihrer Entbindung, harrt. Politische Programme und ökonomische Theorien, rechte wie linke, haben oft einen Erfüllungs-Charakter, im religiösen Sinne, im Sinne der Niederkunft, der Erlösung.



Die Fortschreibung einer Idee ist das eine, die Sicht in die Zukunft das andere. Ältere Menschen haben gegenüber jüngeren Personen den Vorteil, Geschichte im Verlaufe ihrer Biographie zu ‘er-leben’, die Sicht auf das ehemals Künftige mit der Sicht auf das Gegenwärtige zu verbinden. Diese Art des Rückblickens, dieses *back to the future*, finde ich besonders spannend. Es sind nicht allzu viele Prognosen oder Erklärungsmuster gesellschaftlicher Phänomene, denen ich im Verlaufe meines Lebens begegnet bin, die ich als besonders visionär empfinde, aber es gibt doch einige, die einen speziellen Platz in meinem Denken einnehmen. Eines dieser Bilder wurde mir von Lucius Burckhardt vermittelt, und zwar das Bild eines Verstädterungsprozesses, das durch Jane Jacobs [1961] gezeichnet wurde; das andere Bild kommunizierte Hanno Kesting [1959, 292-296]: es betraf die Darstellung der Wirtschaft durch den Soziologen Jean Fourastié [1949] und seiner Sicht, daß sich die Beschäfti-



gungspyramide der drei Wirtschaftssektoren (primär, sekundär, und tertiär) schließlich auf den Kopf stellen würde.

Die Beurteilung Fourastiés Originalität steht hier nicht zur Debatte: sie wäre, wie in anlogen Fällen, nur sehr aufwendig zu überprüfen. Fourastiés These war nicht lediglich Prognose: sie war auch als Hoffnung auf eine neue Stabilität zu verstehen, wie er diese in der vorindustriellen — agrarwirtschaftlich geprägten — Gesellschaft sah, als eine “tertiäre Civilisation”. Diese Hoffnung scheint sich in den heutigen Dienstleistungsgesellschaften nicht zu erfüllen. Viele der Arbeitenden, die im Verlaufe der Zeit (im Zuge von Landflucht, Migration und Verstädterung) aus der Landwirtschaft und dem Kleingewerbe in die industriellen Betriebe und von diesen dann in die Büros migrierten, die kamen gar nicht an: die Arbeitsplätze wurden verlegt, im Rahmen der Globalisierung außer Land gebracht, und Arbeitende wurden nicht lediglich (wie Adam Smith, und Marx, es meinten) ihrer Arbeit entfremdet, sie wurden in die Arbeitslosigkeit und von dort dann vielfach in die Bedürftigkeit

und staatliche Vormundschaft getrieben.

Die Umkehrung der Beschäftigungspyramide, wie sie Fou-rastié voraussah, ist Tatsache geworden: die ehemals agrar-wirtschaftlich orientierten Gesellschaften, mit wenigen Ma-nufakturen des Handwerks und noch geringer Zahl der Verwal-tenden, sind Wirtschaften des Tertiärsektors gewichen, mit minder bedeutenden Industrien des Sekundärsektors und ei-nem ausgesprochen kleinen — aber relativ hochmechanisier-ten — Primärsektor. In der westlichen Welt sind es nicht mehr die natürlichen Ressourcen, die bestimmend sind für die Be-schäftigung und Wertschöpfung, sondern eine flüchtige Quali-tät, die sich hinter Begriffen wie Wissen, *knowledge*, Informati-on verbirgt. Der Sattler, die Schneiderin, der Schuhmacher, die Polsterei, die Corsettière (der Beruf meiner Mutter), der Schlos-ser, der Kleinbauer, der Möbelschreiner, sie alle verschwanden mehr oder weniger; ersetzt wurden sie durch Informatiker, Verkäufer, *web designer*, Psychotherapeuten, *event managers*, Er-nährungsberaterinnen, Werber, *disk jockeys*, Disponenten, *ban-kers*; und wer sich in diese neuen Kategorien nicht einordnen konnte, der blieb bald mal auf der Strecke, bezog Sozialhilfe. Corsets gibt es (außerhalb der *haute couture*) nicht mehr; Maß-anzüge werden in Indien oder China hergestellt (mittels Photo-grammetrie und 3D-Programmen) und Konfektion in Vietnam oder Pakistan. In den noblen Einkaufsstraßen der Städte fin-den sich kaum mehr lokale Geschäfte mit regional hergestell-ten Produkten, sondern Ableger internationaler Ketten des ge-meinen Geschmacks; statt etwas teurere regionale Produkte zu kaufen, finanzieren wir lieber die Beschäftigungslosigkeit der Arbeitslosen und “Ausgesteuerten” mit Sozialbeiträgen.



Unsere geschichtsphilosophische Grundhaltung, die Nicht-



Infragestellung von Prämissen, die zumindest zu diskutieren wären, verhindern Sichtweisen, die Zusammenhänge ansprechen würden. Der caritative Impetus, der in entwickelten Ländern angesichts von Elendsbildern grassiert, führt dazu, daß Männer in den heißen Savannen in *trench coats* von Burberry und Aquascutum herumlaufen, und Frauen in Nylon-*nighties* — nur, daß diese billig vertriebenen Produkte die lokale Textilproduktion, die regionale Mode aushebeln. Das Leerfischen der Gewässer vor der Küste von Sénégäl durch Fangflotten aus China, Korea, Japan und Europa erscheint legal, auch wenn die lokalen Fischer in ihren Pirogen kaum ein Zehntel ihrer früheren Fänge einzubringen vermögen; die hormongeschwängerten niederländischen Industriebühner, die in Dakar zu einem Preise angeboten werden, der unter jenem des — kostbaren — Perlhuhns liegt, zerstört den lokalen Markt. Den sénégalesischen Fischer

und Bauer finden wir dann außerhalb des *Iperal* in Chiavenna stehend, dann, wenn wir aus dem Bergell herkommend unsere Einkäufe tätigen wollen und mit einem Angebot von Regenschirmen, Gürteln, Socken und Feuerzeugen konfrontiert werden — Waren, die wir nicht benötigen; und was die künftigen Migranten betrifft, sofern sie überhaupt den Weg übers Mittelmeer finden: diesen begegnen wir mit Einreisesperren, Kontingenten, Flüchtlingslagern und Rückführungen.

Es scheint, als würden die gesellschaftlich auferlegten Regeln des Wirtschaftens als Naturgesetze wahrgenommen, als unabänderlich, oder als heiligen Gral — zumindest aus der Sicht des Okzident. Dieser Götzendienst wird kaum als solcher erkannt; das goldene Kalb, der Glaube an die heilsgeschichtliche Rolle einer uneingeschränkten Marktwirtschaft, ist so tief verankert, daß Optionen kaum ansatzweise durchdacht und verfolgt werden.



Harry G. Frankfurt, bekannt unter philosophischen Laien durch seinen Bestseller *On Bullshit*, ließ diesem einen weiteren Essay folgen, *On Inequality*. Im zweiten Büchlein vertritt Frankfurt die These, daß dem Konzept einer ökonomischen Gleichheit, wie sie oft im linken Diskurs aufscheint, keine intrinsische moralische Bedeutung zukommt und durch eine Doktrin der Suffizienz zu ersetzen wäre. Ökonomische Egalität wäre nicht um ihrer selbst Willen zu verfolgen, sondern im Rahmen einer instrumentellen Verknüpfung mit Zielen, die ihrer intrinsischen Werte wegen zu verfolgen wären.

Was wären solche Werte? Nun, meint Frankfurt, daß wir in Gesellschaften leben mögen, in welchen jedes Mitglied über jene Mittel verfügt, die es für einen vernünftigen Lebensentwurf braucht: nämlich, was der Person wichtig erscheint, was



sie im Innersten erstrebt oder benötigt, was sie befriedigt. Diese Mittel sind zunächst einmal unabhängig davon zu sehen, was andere haben: daher das Primat der Suffizienz; und die Mittel sind primär individuell definiert, ganz im Sinne eines alten linken Postulats. Eine Verknüpfung der Mittel, die einem zur Verfügung stünden, mit jenen anderer, im Sinne einer vergleichenden Statusbetrachtung, im Sinne des *keeping up with your neighbor*, wie sie die amerikanische Soziologie der 1950-er Jahre beschrieb, wäre fehlgeleitet: eine Doktrin der Gleichheit würde so zur moralischen Desorientierung und Seichtheit unserer Zeit beitragen. Die Vorstellung, ökonomische Egalität wäre als ein wichtiges moralische Ideal zu verfolgen, erscheint Frankfurt nicht nur als falsch; sie behindert aus seiner Sicht auch die

Bestimmung dessen, was als fundamental moralische und soziale Werte zu sehen wären.

Ein Eingleichen der Unterschiede ist nicht a priori erstrebenswert. Hätten wir keine Temperatur- und Druckunterschiede, hätten wir kein Wetter; hätten wir uniforme Einkommen, sähen unsere Kulturen wohl fundamental anders aus. Unterschiede des Einkommens sind zunächst einmal, aus der Sicht des von Frankfurt postulierten Suffizienzgedankens, zu begrüßen; und sie sind, folgen wir einer Logik der natürlichen Verteilung der Talente bzw. der Charaktere, auch zu rechtfertigen. Die Probleme entstehen dort, wo quantitative Unterschiede — entsprechend einer materialistischen Dialektik — in qualitative umschlagen. Diese Gefahr, und der Gedanke, daß Einkommen nicht losgelöst von Vorstellungen der Demokratie zu sehen wären, wurde z.B. durch Louis D. Brandeis für die amerikanische Gesellschaft (1915) formuliert:

| 25

We [...] are committed not only to social justice in the sense of avoiding things which bring suffering and harm, like unjust distribution of wealth; but we are committed primarily to democracy. The social justice for which we are striving is an incident of our democracy, not the main end. It is rather the result of democracy [...], which implies the rule by the people.

Einkommensunterschiede der Größenordnung von 2000 : 1 und mehr, wie sie heute innerhalb unserer Gesellschaften gar nicht selten anzutreffen sind, sind kaum mit echten Produktivitätsunterschieden “der menschlichen Arbeitskraft” zu rechtfertigen⁵; sie widersprechen, auch wenn wir die Bedürfnisse

⁵Solche Produktivitätsunterschiede (wie immer sie gemessen werden) mögen sogar existieren; aber jene, die sich dann als produktiver erweisen sollten (die Einsteins, die von Neumanns, die Wieners und Turings, et al.), sind nicht jene, die diese exorbitanten Einkommen auch einstreichen.

der einzelnen Menschen als recht unterschiedlich einschätzen, dem Suffizienzgedanken; und sie verletzen natürlich unsere Vorstellung von Demokratie, die nicht lediglich dem einen Bürger ein ähnliches Maß an Einfluß und Rechten zumessen möchte wie dem anderen, sondern in ihrem Innersten darauf beruht, daß hier eine Kultur des Austarierens gelebt wird.

Schließlich wird jedoch auch von Firmen wie Alphabet, Apple, Microsoft, Facebook, Exxon Mobile und Johnson & Johnson das Bild infrage gestellt, das wir von Nationalstaaten und internationalen Organisationen (wie der UNO) haben. Demokratisch ausgerichtete Gefüge sehen sich vermehrt Einheiten gegenüber, die jenseits ihrer Grenzen operieren, die nur partiell ihrer Jurisdiktion unterstellt sind, und die mit ihren Marktkapitalisierungen Größenordnungen erreichen, die dem Sozialprodukt von Ländern wie Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Finnland, Griechenland, Ungarn, Irland, Israel, Norwegen oder Portugal entsprechen.



Die Prämissen einer kapitalistischen Gesellschaft wären, wie Noam Chomsky [2016, 63] es ausdrückt, zu überprüfen: *justify yourself*. Diese Überprüfung fehlt weitgehend. Die Utopien, die von den Libertären gezeichnet wurden, die ließen sich, wie andere Utopien auch, nicht überprüfen; und das historische Urteil über autokratisch regierte “sozialistische” Nationen unterschiedlicher Prägung ist negativ. Auf solcher Basis ist es schwer, jene Bausteine zu identifizieren, die für einen gelungenen gesellschaftlichen Aufbau nicht nur notwendig sondern auch hinreichend wären.

Fest steht aus kritischer — linker — Sicht, daß die westlichen Gesellschaftsformen in der Regel bejaht werden. Dies besagt jedoch nicht, daß die heutige Welt jenseits der Kritik stün-

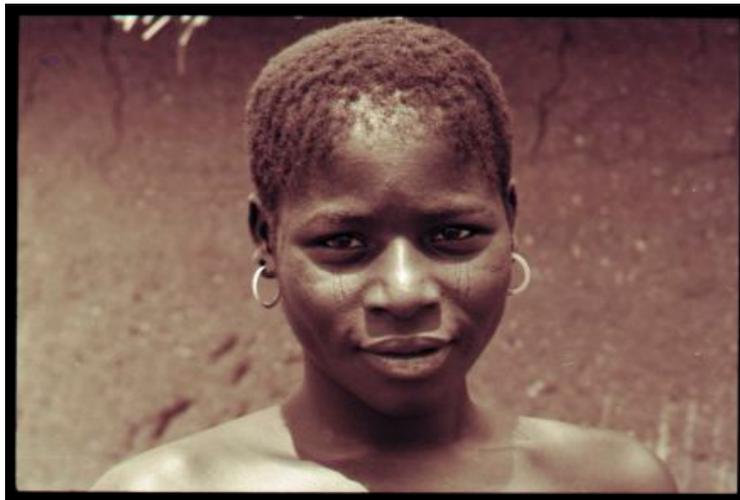


de; daß sie, soweit dies technisch möglich ist, nicht zu analysieren wäre. Im Gegenteil: es schiene mir die Aufgabe unserer Wissenschaften zu sein, Gesellschaftsentwürfe zu skizzieren und zu beurteilen; oder, wie Axel Honneth [2015, 15] es sich wünscht,

[...] über das Bestehende hinauszudenken und einen gesellschaftlichen Zustand jenseits des Kapitalismus zu imaginieren.

Wenn diese generelle Haltung der Wissenschaften im Bereich der Biologie und der pharmakologischen Forschungen nicht nur toleriert, sondern auch massiv gefördert wird, dann sollte dies in den Gesellschaftswissenschaften auch möglich sein.

Die Vorstellung, Gesellschaftswissenschaften erneut normativ zu denken, ist nicht so abwegig wie es scheint. Erstens: es wird ja gemacht, z.B. im Rahmen der mathemati-



schen Soziologie. Die Implikation wäre jedoch, daß man sich des Modus' bewußt ist, in dem man sich befindet (und diesen auch offen kommuniziert): beschreibend oder evaluierend. Zweitens: normative Zustände wären zwingend aus einem deskriptiven Regelsystem herzuleiten, im Sinne einer Simulation, und wo dies nicht möglich ist, sollte man Zurückhaltung bezüglich dem Wollen üben. Die ständig wiederholte Mantra — Marktsysteme wären durchzusetzen, obwohl die Märkte (in idealtypisch-effizienter Form) oft gar nicht existieren — ist kein normatives Denken im besprochenen Sinne, sondern lediglich Ideologie.

III

Das weite Spektrum des Verhaltens, das dem Menschen eigen ist, offenbart sich nicht leicht, ist nicht flott zu entschlüsseln. Verhalten ist natürlich mit der Natur des Individuums verknüpft, mit dessen Charakter und Intelligenz, mit dessen Erfahrungen. Verhalten ist auch stark sozial geprägt, durch Normen und Regelwerke, durch Gebräuche und Konventionen, und soziales Verhalten wäre auf der Basis solcher Regelwerke, gewissermaßen dynamisch, zu studieren⁶ — wie das in jüngster Zeit die *behavioral economics* auch versucht.

| 29

Werden Regelwerke ausgetestet, spekulativ imaginiert, im Sinne einer politischen Philosophie, dann werden Grundsätze auf einer Meta-Ebene angesprochen, die Repliken auf die Frage zu geben hätten, wie solche Regeln zu bilden wären. Die Antworten hierzu sind weit entfernt davon, schlüssig zu sein, unbeachtet, ob es sich nun um liberale oder utilitaristische Ansätze linker oder rechter Provenienz handelt. Auffallend ist, zumindest für mich, daß der Diskurs innerhalb der politischen Philosophie — bei Exponenten wie Rawls, Sandel oder Walzer — die Ökonomie weitgehend auszuklammern scheint, obwohl deren Werkzeuge geeignet erschienen, einen klärenden Beitrag zu leisten.

Die liberale Position, wie sie z.B. von Rawls [1999] vertreten wird, geht davon aus, daß es möglich ist, Gesetze neutral zu fassen. Gesetze sollen nicht nur für alle gelten, sie sollten sich auch als neutral gegenüber den Aktionen erweisen, die innerhalb ihrer Schranken ablaufen. Ein Gesetz der freien Meinungsäußerung sei neutral gegenüber dem Inhalt der Äußerungen; ein Gesetz über die Niederlassungsfreiheit neutral gegenüber

⁶Analog zu einer *evolutionary dynamics*; siehe z.B. Nowak [2006].

jenen, die Niederlassung suchen; ein Gesetz über das Bankgeheimnis neutral gegenüber den Geldern, die der Bank zur Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Die Gesetze würden auf Prinzipien fussen,

[...] that do not themselves presuppose any particular conception of the good; what justifies these regulative principles above all is not that they maximize the social welfare or otherwise promote the good, but rather that they conform to the concept of right, a moral category given prior to the good and independent of it [Sandel, 1998, 1].

Diese Position stellt Sandel infrage. Die Zweifel ergeben sich nicht lediglich aus dem Umstand, daß wir heute in pluralistischen Gesellschaften leben; sie ergeben sich grundsätzlich dadurch, daß auch neutrale Formulierungen von Gesetzen einer vorausgehenden Überprüfung der Implikationen bedürfen. Ein Nicht-Überprüfen der Implikationen von Gesetzesnovellen ist kein liberaler Akt: erst die Überprüfung erlaubt neutrale Gesetze.

Mit der Überprüfung allfälliger Gesetze, mit der spekulativen Imagination von Aktionen, die sich innerhalb von Gesetzesgrenzen abspielen könnten, erfolgt zwingend eine Bewertung des möglichen Verhaltens. Zweifelhafte Verhalten wäre auf der Basis der Regeln, die dieses Verhalten begünstigen, zu hinterfragen, auch dann, wenn solche Regeln gemeinhin als sakrosankt gelten: es existieren keine Ordnungen, denen sich Zivilisationen a priori zu unterwerfen hätten (siehe auch Kapitel ??). Regeln, legitime Aktionsräume, wären dem Verhalten entsprechend zu wählen; und Regeln wären zu legitimieren, im Geist von Chomskys Diktum über das Begründen, und im Sinn von Vorstellungen über Nachhaltigkeit, Moral und Gemein Sinn [Walzer, 2012]. Dies entspricht dem tradierten Rechtsverständnis, wonach dem Verhalten, das nicht zu sanktionieren wäre,

durch entsprechende Regulative und Gesetze Einhaltung geboten wird.

Wie wäre nun zweifelhaftes Verhalten zu verstehen, zu erkennen? Nun, einmal daran, daß solch Verhalten mit Übergriffen verbunden ist, daß es Menschen — und auch künftige Generationen — in Mitleidenschaft zieht, die diesem Verhalten *nolens volens* ausgesetzt sind: Rauchen, das zum Passivrauchen zwingt, wäre als Beispiel zu nennen; das Emittieren von CO₂ (*global warming*) und anderen Schadstoffen; das Überfischen der Gewässer vor den Küsten Senégals; das Abholzen der Urwälder; der Einsatz nicht-versicherbarer Großrisiken (Atomanlagen). Pornographie und Prostitution, sofern diese einvernehmliches erfolgen (und keine Dritten tangieren), würden hier nicht unter die Kategorie des zweifelhaften Verhaltens fallen; auch artiges kapitalistisches Geschäft, die Nutzung von “Produktionsmitteln” und “Lohnarbeit”, die den alten Kommunisten so verwerflich war, nicht. Dann wären Verhaltensweisen zu nennen, die in krasser Weise gegen die drei klassischen Grundsätze der (bürgerlichen) französischen Revolution verstoßen: *liberté, égalité, fraternité*. Das Einfordern dieser Prinzipien, so z.B. im Rahmen eines Verbots der Diskriminierung, mag bei Fragen zur Gleichstellung der Geschlechter und der Besoldung von Frauen wichtig sein, aber sie ist noch viel bedeutsamer im Zusammenhang mit dem Entgelt, das den Kadern der Wirtschaft zugestanden wird und das sich jeder rationalen Logik entzieht⁷. Wenn einzelnen Managern Boni ausgeschüttet werden, die dem hundertfachen eines reputierten

⁷Allfällige Einkommensunterschiede der Geschlechter, ob sie nun der Diskriminierung oder anderen Gründen zuzuschreiben wären, sind in der Regel kleiner als 10%; Einkommensunterschiede zwischen hohen Kaderpositionen und einfachen Angestellten sind wesentlich — oftmals tausendmal — höher.

Ökonomiefessoren entsprechen, dann lassen sich diese Ausschüttungen nur schwer ökonomisch rechtfertigen — so z.B. im Rahmen einer Betrachtung über den “Grenznutzen”, im Sinne, daß produktive Mitglieder der Gesellschaft auch entsprechend zu vergüten wären: mit der Vergütung für eine einzelne Person ließe sich eine gewichtige Forschungsstation (oder ein *think tank*) finanzieren; das kollektive Urteil jener, die in einer solchen Einheit arbeiten würden, wäre wohl dem Urteil des Managers vorzuziehen; und kompetenter Nachwuchs könnte ausgebildet und nachgezogen werden, der auch zu angemessenen Entschädigungen arbeiten würde [Khurana, 2007]. Schließlich wäre dem, was Alfred E. Kahn [1966] *the tyranny of small decisions* nennt, der unmerklichen, schleichenden Veränderung, die Gesellschaften in Zustände versetzt, die sie weder wünschen noch hinterher goutieren, Beachtung zu schenken.



Eines der zentralsten Konzepte im Diskurs über Gesellschaftssysteme ist das der Freiheit, und dies zu Recht. Aber Freiheit ist nicht etwas, das im Gefüge der gesellschaftlichen Interaktionen uneingeschränkt gelten kann, da die Wirkungen dieser Freiheiten oft nicht auf jene beschränkt bleiben, die sie ausüben. Wir sind gezwungen, abzuwägen, welche Freiheiten wir wo zulassen, und linke und rechte Positionen unterscheiden sich voneinander durch die Freiheiten, die zu beanspruchen wären, durch die unterschiedliche Grenzziehungen bezüglich dem, was statthaft, was unzulässig sei, was gelten soll.

Eine dieser Freiheiten betrifft die freie Meinungsäußerung und die Beurteilung jener, die z.B. den Holocaust an den Juden leugnen. Eine Norm (wie sie seit einiger Zeit in der Schweiz existiert), die die Leugnung des Holocaust unter Strafe stellt, beschränkt die Meinungsäußerung. Im Rahmen dieser Güter-



abwägung würde ich mich eher auf das Recht der freien Meinung berufen, denn es sollte nicht Aufgabe der Gerichte sein, über Thesen oder gemeine Wahrheiten (als solche) zu bestimmen (die Implikationen wären verheerend)⁸. Freie Gesellschaften sollten es zulassen, tolerieren, aushalten können, daß Einzelne Unsinn erzählen, im Vertrauen auf die Besonnenheit anderer, in der Gewissheit auch, daß irrige Positionen als solche entlarvt und geächtet werden.

Folgt man diesem Argument, dann könnten freie Gesell-

⁸Was die schweizerische Strafnorm gegen Rassendiskriminierung (Art. 261^{bis} StGB, Art. 171c MSTG, verabschiedet 2005), streng interpretiert, ja auch nicht macht. Stoßend ist, daß sich die Strafnorm — unnötigerweise — des Begriffs “Rasse” bedient (just also jener Vokabel, die im Zuge von Antisemitismus und Nazibewegung unrühmliche Bedeutung erlangte).

schaften als solche dargestellt werden, die die freie Meinungsäußerung nicht nur zulassen, sondern, die in dieser Zulassung auch überleben, die gegenüber manchem Quatsch auch robust sind. Aber *bullshit*, um mit Frankfurt zu reden, ist weit verbreitet — zu weit für meinen Geschmack; *bullshit* ist schwierig einzudämmen, wird kaum entlarvt und von obskuren Gruppen verbreitet wie von Eliten. Die Freiheit evozieren heißt allein noch nichts, aber das Bild wird gerne mißbraucht, im Sinne einer Phrase, einer leeren Floskel.

In der Schweiz gab es einst eine Freiheits-Partei, die zwischenzeitlich auch als Auto-Partei firmierte (bevor manche ihrer Exponenten zur Schweizerischen Volkspartei wechselten); offenbar ist das Auto, das Autofahren, ein Sinnbild der Freiheit, oder, wie Reinhard Mey es besang, das Fliegen:

“Über den Wolken muß die Freiheit wohl grenzenlos sein”.

Freiheitliche Parteien sind kaum freiheitlich; das Epitaph “freiheitlich” bezeichnet den Inhalt des “zum Grab gehörend” nicht korrekt⁹. Freie Gesellschaften brauchen daher zwingend Institutionen (wie Presse und Wissenschaft), die sich der Wahrheitssuche, der Vernunft widmen, und diese Suche sollte sich nicht lediglich nach den Gesetzen der Opportunität ausrichten, der Einschaltquoten, der Verfügbarkeit willfähriger Gelder. Die entsprechenden Institutionen müßten vielfältig und pluralistisch ausgerichtet sein, nicht weitgehend kontrolliert

⁹In der Weimarer Republik gab es eine Nationalsozialistische Freiheitspartei (als Ersatz für die damals verbotene NSDAP), eine Deutschvölkische Freiheitspartei und, später dann, auch eine Deutsche Freiheitspartei (die in Opposition zur NSDAP stand). In Österreich — und im Südtirol — gibt es eine Freiheitliche Partei mit wertkonservativem, patriotisch-liberalem Programm (FPÖ); auch in Deutschland existiert heute eine Freiheitliche Partei (FPD).

von Medienimperien und sonstigen Investoren; und der Umkehrschluß würde wohl das vage Urteil zulassen, inwiefern — bzw. in welchem Ausmaße — wir selbst in freien Gesellschaften leben.

| 35

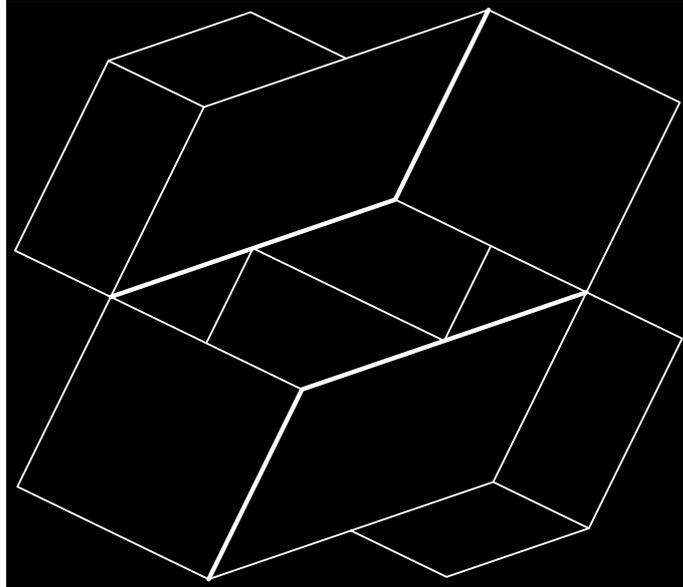


Welche Freiheiten gälte es zu verfolgen, zu erringen, zu verteidigen? Nun, sicherlich einmal die Freiheit vor (fremder) Knechtschaft: “Wir wollen frei sein, wie die Väter waren”, läßt Schiller in seinem Wilhelm Tell deklamieren. Die Juden feiern PESAKH in Erinnerung an die Befreiung aus der Knechtschaft, an den Auszug aus Ägypten. Wir kennen Konzepte wie jene, die in der Verfassung der US (1791), in dessen *first amendment*, aufgeführt werden, in der die Gesinnungs- oder Meinungsfreiheit verankert wird, die Redefreiheit, die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit. Diese Freiheiten sind als solche zu verstehen, die der Staat gegenüber seinen Bürgern gewährt, als eine Absenz von Schranken. Die selbst-auferlegten Einschränkungen, die Dürrenmatt in seiner nunmehr berühmten Rede vor Vaclav Havel¹⁰ erwähnte, indem er von der Schweiz als “Gefängnis” sprach, in das “sich die Schweizer geflüchtet haben”, und die durchaus im erweiterten geographischen Rahmen ihre Gültigkeit bewahren würden, die werden von den durch die amerikanische Verfassung garantierten Freiheiten nicht tangiert. Und dann bleiben noch Freiheiten, die moderne Staaten nicht oder kaum gewähren (wie z.B. jene des Nomadentums, der nicht-Seßhaftigkeit, die der Tradition der Fulani, Sinti und Roma, oder Samen entsprechen) oder jene, die durchaus statthaft, im engeren Sinne rechtmäßig sind, die wir jedoch auf Kosten anderer genießen.

¹⁰ Anlässlich der Verleihung des Gottlieb-Duttweiler-Preises (22.11.1990).

Freiheit wird seit alters her zunächst einmal mit Ver-Mögen assoziiert, mit dem, was Körper und Geist — was die Natur — erlaubt. Diese Freiheit ist, in der sozialen Interaktion, eingeschränkt, und es bedarf der Regeln, der Kulturen, der Rechtssysteme, wie mit dem einzelnen Ver-Mögen im sozialen Kontext umzugehen wäre. Hiervon sprechen Psalmen, Evangelien, Philosophie, politische Wissenschaften, Ökonomie. Es sind zunächst einmal Regeln und entsprechende Rechtssysteme, die den politischen Diskurs beflügeln. Bedeutsamer erscheinen mir jedoch Kulturen, die in ihrer Ausprägung, ihrer Geschichte, ihrer Assoziationen wegen Kraft erlangen. Linke verstehen sich in der Regel nicht als Linke, weil sie diese oder jene Regel hochhalten, sondern weil sie einer linken Kultur verhaftet sind (was immer dies heißen mag), und bei Rechten ist dies wohl ähnlich. Politische Lager lassen sich durchaus nach ihrer Ästhetik charakterisieren, nach den Vorlieben ihres Anhangs.

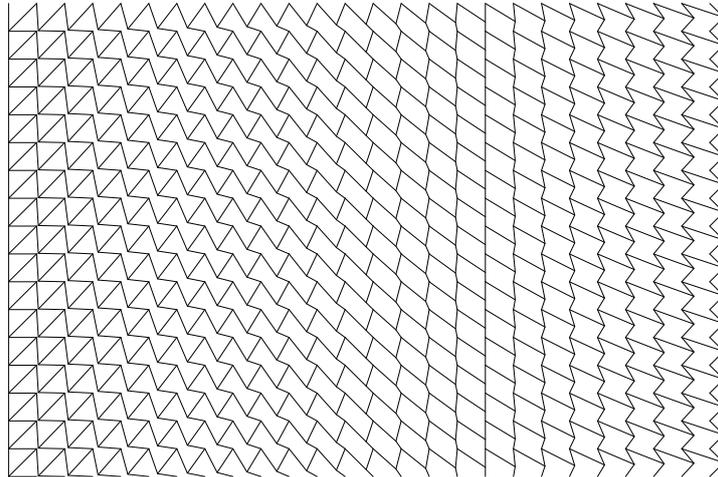
Der Konnex von Freiheit und Ästhetik ist auch ein Thema innerhalb der Ästhetik. Ästhetik ist nicht in erster Linie dort zu finden, wo die Freiheit groß ist: im Gegenteil. Musik, bildende Kunst, Architektur werden erst innerhalb eines Regelwerks zur Kunst; und ähnliches gilt auch für Gesellschaften, für Zivilisationen. Gesellschaftliche Konventionen haben etwas mit Stil zu tun, nicht im wertenden, sondern im deskriptiven Sinne. Diese Konventionen werden in ähnlicher Weise bewertet wie Stile: entsprechend ihrer Logik, ihrer Harmonien und Disharmonien, Rhythmen, ihrer Dramatik, ihres Bezugs zum Kontext wegen. Die Kameranews eines Wim Wenders in *Buena Vista Social Club* sind reizend auf dem Hintergrund der gängigen Schnitttechnik; ähnliches kann von seiner Arbeit im Tanzfilm *Pina* gesagt werden; Typographie ist dort schön, wo sie sich Regeln zunutze macht, die dem Lesen dienlich sind; Architektur



bezog sich seit alters her auf Proportionen, die Musik auf Tonsysteme; die Strichzeichnungen und Gravuren eines Josef Albers bezaubern durch ihr Spiel mit den Normen der Perspektive.



Regeln werden natürlich nicht a priori abgelehnt. Selbstgewählte Regeln sind das eine, soziale — von außen her bestimmte — Regeln das andere; und auch soziale Regeln, die man freiwillig übernimmt, wären zu unterscheiden von jenen, denen man im gesellschaftlichen Gefüge, im Rahmen der entsprechenden Rechtssysteme und Satzungen, unterworfen wird. Diese letzte Kategorie der Regeln ist es wohl, die beson-



ders umstritten ist¹¹.

Regelsysteme bilden dann einen möglichen Übergriff auf die Freiheit der Bürger, wenn sie unnötig sind. Die Freiheit als “Einsicht in die Notwendigkeit”, die von Engels (in seinem Anti-Dühring) Hegel [Marheineke, 1840] in den Mund gelegt wurde, hängt von der Vorstellung dessen ab, was zu regulieren wäre, was als notwendig erachtet wird. Mit Regulativen sind wir seit alters her, in den verschiedenen Kulturen, vertraut; jedoch ist die Grenzziehung zwischen Verhalten, das Regeln zu unterstellen wäre und jenem, das dem Ver-Mögen, schwierig, und sie spaltet in der Regel linke und rechte Lager: diffuse Begriffe wie Staatsgläubigkeit, neoliberal, Überregulierung, Dere-

¹¹Als Schweden (1967) vom Links- zum Rechtsverkehr wechseln sollte, fanden Spaßvögel, daß dieser große Schritt in Etappen zu bewältigen wäre und der Wechsel vorerst den Lastwagen vorbehalten bliebe und erst hinterher, nach einer Übergangs- und Bewährungsperiode, den Personenfahrzeugen.

gulation zeugen hiervon. Etikettierungen führen nicht weiter; Analysen sind nötig.

Nicht alle vernünftigen Maximen finden direkten Eingang in Regelwerke, aber sie mögen einer Beurteilung dieser dienen. Die “goldene Regel” einer Ethik der Reziprozität,

| 39

Was du nicht willst, daß man dir tu’, das füg’ auch keinem andern zu [Tobias 4:16],

die auf Rabbi Hillel zurückgreift, wäre im Vorfeld gesetzgeberischer Novellen zu beachten. Besonders Kants kategorischer Imperativ, wonach das Kalkül einzelner Handlungen generell zu gelten hätte, gewinnt in der heutigen Zeit an Bedeutung: handle so, daß auch andere deinem Handlungsmuster folgen können. Diese Maxime wäre einmal in einem engeren Sinne ethisch zu deuten, aber nicht nur. In einer verknüpften, realen Welt, in der sich Wirtschaftsbeziehungen der verschiedenen Akteure nicht in idealen, sondern in unvollkommenen Märkten abspielen, sind die Folgen einzelner Maßnahmen zu generalisieren.

Unvollkommene, “nicht-effiziente” Märkte, wie dies in der Sprache der Ökonomen benannt wird, sind durch Wirkungsfolgen gekennzeichnet, die Bürger und Firmen außerhalb der ursprünglichen Wirtschaftsbeziehungen — im Sinne von Übergriffen — tangieren: diese Wirkungsfolgen werden “Externalitäten” genannt. Es geht nicht mehr allein um einen Vertrag, der den einzelnen Käufer an das speziell Angebotene bindet (und umgekehrt), wie wir dies vom idealen Markt her kennen (ohne ‘externe’ Effekte). Es geht um größere Verknüpfungen: um die Luftverschmutzung aus Verkehr, Heizungen und thermischen Kraftwerken; um den Zusammenhang zwischen Besiedlung, Bodenpreisen und Verkehr; um die Verschmutzung des Meers, die Verseuchung der Meerestiere, des Mülls wegen; um das mit

Antibiotika kontaminierte Trinkwasser. Auch die Übertragung von Ideen, Verhaltensmustern und Kulturen könnte unter dieses Thema fallen, die ‘Resistenzen’ und ‘Ansteckung’ jener, die diesen Mustern ausgesetzt werden, und diese — erweiterten, negativen wie positiven — Effekte wären in die Entscheidungskalküle einzubeziehen. Die verschiedenen politischen Lager unterscheiden sich zumindest darin, wie sie externe Effekte eines Marktgeschehens wahrnehmen oder ausgrenzen.

IV

Ich erwähnte den fragwürdigen Zusammenhang zwischen Reichtum und den dieses herbeiführende Kalkül. Gemeinhin wird angenommen, daß Reichtum auf Fähigkeiten beruht, auf besonderen Begabungen derer, die den Reichtum für sich beanspruchen, auf harte Arbeit zumindest, auf Intelligenz auch, auf Fleiß und Hingabe. Der Zusammenhang würde bedingen, daß solche Attribute sowohl notwendig als auch hinreichend mit Reichtum verbunden wären. Keines von beidem scheint der Fall zu sein. Es gibt Reichtum ohne besondere Qualitäten der Reichen, ja, es ist schwer, sich Reichtum vorzustellen, der auf wirklich besonderen Qualitäten dieser Reichen beruht, auf Eigenschaften, die hervorstechen, die sehr selten sind¹² (dies gilt auch für Reiche wie Bill Gates, Warren Buffet, Mark Zuckerberg, Larry Ellison, die Koch Brüder, Beate Heister und Karl Albrecht Jr., et cetera); und es gibt Fleiß und Hingabe, spezielle Qualitäten auch, unter Menschen ohne Reichtum: dies ist just der Regelfall.

Vernünftiger wäre es, sich Gedanken darüber zu machen, wie Reichtum entsteht, sich festigt, und im Rahmen des Aus-

¹²So selten wie der Reichtum selbst.



maßes, wie sich dieses manifestiert, zu verantworten ist. Wenn Reichtum in keinen unmittelbaren Zusammenhang mit Attributen gebracht werden kann, die den Reichen charakterisieren würden, wenn Reichtum eher dem Zufall zuzuschreiben wäre [Abbott, 2014] und im engeren Sinne kein eigenständiges Produkt des Reichen ist, wenn es diesem gar nicht ‘zusteht’, dann wird die Rechtfertigung von Reichtum schwierig [Frank und Cook, 2010]¹³. Wohlstand, Suffizienz, sei hier ausgenommen: die bürgerliche Existenz, die auf guter Ausbildung beruht, auf behutsamem Haushalten und verantwortungsvollen Bewirtschaften von Betrieben, die sei nicht tangiert, auch wenn in

¹³ “People really don’t like to hear success explained away as luck — especially successful people” [Frank, 2016, xiv].

diesem Rahmen zuweilen ähnliche Mechanismen für den Erfolg verantwortlich sind wie im Kontext des echten Reichtums. Anzusprechen wären Umstände, Regelsysteme, die überbordenden Reichtum begünstigen — aber auch im Zaume halten.

Daß die Früchte des eigenen Tuns einem selbst zustehen, wie der Fang des Fischers und die Ernte der Bauern, die in dem Dokumentarfilm über Papua-Neuguinea gezeigt wurden, ist tief im bürgerlichen Denken, in den früh-kapitalistischen und libertären Konzepten verankert: ein idealtypischer — “effizienter” — Markt fußt auf dieser Vorstellung. Wenn nun Errungenschaften, die zu großem Reichtum führen, nicht im erwähnten Sinne als “Früchte des eigenen Tuns” anzusehen, wenn sie auf einer anderen Basis zu erklären wären, dann bleibt noch das Argument, daß der Reichtum Einzelner — unbeachtet seiner Rechtfertigung im besprochenen Sinne — die Allgemeinheit begünstigen würde: er schaffe Wohlstand im Rahmen eines *trickle-down* Effekts, ja, er agiere gewissermaßen als eigentlicher Motor der Wirtschaft. Auch diese Position ist schwierig zu vertreten, und sie bedürfte des Nachweises, daß ohne die exzessiv Reichen Mittelklasse und Arbeiterschaft ärmer wären, aber auf diesen Nachweis, auf den Schatten eines solchen Belegs, warten wir noch.



In unserem Familienbesitz finden sich die Druckfahnen einer Publikation meines Großvaters Salomon Rubinstein [1895] über “Das Eigentum”, von der ich nicht weiß, ob sie jemals erschienen ist. Ich las die Fahnen jetzt zum ersten Mal, nachdem sie mein Bruder mir übergab, aus Neugierde sicherlich, aus einem Gefühl der Verpflichtung meinem Großvater gegenüber auch, und ich wundere mich natürlich, wieso er als Philologe eine solche “Polemik”, wie er es nannte, überhaupt schrieb.

Die Schrift ist die eines ökonomischen Laien, aber sein Suchen für den Sozialismus scheint die drei Generationen, die rund 120 Jahre, die sein Schreiben und mein Lesen voneinander trennen, zu verbinden.

Das Interessante an solchen Schriften ist, daß zu jener Zeit Fragen zu Gesellschaftssystemen Teil einer gängigen Auseinandersetzung waren, oder, wie Axel Honneth es sich wünscht, der Diskurs “einen gesellschaftlichen Zustand jenseits des Kapitalismus zu imaginieren” half (siehe Seite 27). Die damalige politische Ökonomie diskutierte die Themen breiter, oder diskursiver, und Figuren wie Adam Smith, John Stuart Mill, Jean-Jacques Rousseau, Immanuel Kant, Johann Gottlieb Fichte, Thomas Reid, die Propheten gar, auf die im “Das Eigentum” eingegangen wird — sie alle zeigten sich aufgeschlossen gegenüber einer nicht-doktrinären Haltung, was Eigentum und Kapitalismus betraf. Die Katastrophe kam ja erst hinterher, schleichend nach 1917, im Rahmen der Umsetzung; aber die Fragen, die blieben, die harren immer noch der Auflösung, der Erklärungen.

Auf ein paar Punkte möchte ich hier eingehen. So lese ich in der “Polemik”, auf dem Hintergrund der gesetzlich verankerten Gleichheit der Staatsbürger, das Kommentar:

Man schaue und beachte. Zunächst wird das ganze Frauengeschlecht von der Teilnahme an den öffentlichen politischen und gesetzgeberischen Angelegenheiten — und somit auch von jedem Wahlrecht — ausgeschlossen, d.h. eine volle Hälfte der Staatsbewohner [...] muß sich dem Willen und den Launen der anderen Hälfte [...] fügen. Wo ist die Gleichheit vor dem Gesetze¹⁴?

Rubinstein setzt sich für die Bildung ein, für den “unentgelt-

¹⁴Es sei hier anzumerken, daß das Frauenstimmrecht in der Schweiz (auf Bundesebene) 1971 eingeführt worden ist.

lichen [Zugang zu] allen Bildungsanstalten” und für die Schaffung der “zur Ausbildung notwendigen ökonomischen Bedingungen”¹⁵. Dann kommentiert er Autoren, die sich mit ökonomischen Ungleichheiten auseinandersetzen, mit Einkommensunterschieden. Er, der yiddish-sprachig aufwuchs, verweist auf die “im jüdischen Patois geschriebenen” Arbeiten eines Benjamin Feigenbaum (1860-1932), einem polnischen Sozialisten (bzw. Anarchisten), der Zahlen aus England präsentiert, um Einkommensunterschiede zu dokumentieren¹⁶. Diese Einkommensunterschiede waren vielleicht nicht viel größer als jene, die sich auch heute finden¹⁷, die von Personen wie Thomas Piketty oder Joseph E. Stiglitz [2013] beschrieben werden — mit dem Unterschied allerdings, daß die Armut, im Sinne der Suffizienz, damals wesentlich größer war als heute und die Indignation hierüber auch akzentuierter¹⁸.

¹⁵Da ich diese Zeilen im Sommer 2016 schreibe, sei noch auf die Position der demokratischen US Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton verwiesen, die ihrerseits dieses Thema anspricht — ausgehend von einem Postulat von Bernie Sanders.

¹⁶Die Publikation selbst wird von Rubinstein ungenügend referenziert. Eine Publikation zu einem vielleicht ähnlichen Thema, und ebenfalls vor der Schrift “Das Eigentum” entstanden, ist Feigenbaum [1889]. Die von Rubinstein Feigenbaum zugeschriebenen Zahlen seien hier nicht näher untersucht. Gemäß diesen Zahlen hatte England (zum undefinierten Zeitpunkt, d.h. Ende des 19. Jahrhunderts) 35 Millionen Einwohner, und das jährliche Einkommen dieser Einwohnerschaft belief sich auf 1240 Millionen Pfund (also rund 35 Pfund pro Person und Jahr). Das Einkommen der bestverdienenden rund 2500 Einwohner von England (0.1%) betrug circa 950 Millionen Pfund (76%) — oder rund 380 000 Pfund (pro Person und Jahr, d.h., rund 10 000 Mal mehr als das Durchschnittseinkommen der übrigen 99.9% der Einwohner).

¹⁷Ich nannte Einkommen von heutigen CEO’s, die rund 2000 Mal höher ausfallen als die Einkommen einfacher Angestellter (siehe Seite 25), und die Einkommen der wirklich Reichen sind natürlich noch höher.

¹⁸Im besagten Artikel von Feigenbaum erwähnt dieser (sich auf einen par-

Ich kenne den Werdegang von Feigenbaum, seinen Weg von Polen nach New York nicht (und möchte diesen Aspekt auch nicht näher vertiefen). Hingegen gibt es Gemeinsamkeiten zwischen Feigenbaum und Rubinstein, und offenbar gab es Gruppierungen solcher Personen, zumindest in New York, *Yiddish lecturers*, wie Irving Howe [1976, 241] sie nennt, die Teil einer damaligen — lokalen — Intelligenz waren, und zu denen eben auch Feigenbaum und Rubinstein (an ihren jeweiligen Orten) zu rechnen wären:

Most of the Yiddish lecturers [...] lectured on the run, skimming fragments of knowledge from German or Russian books, scraping together tidbits from English magazines, and often relying on the rhetorical expansiveness of the Yiddish language. A good many of the lecturers were men who had been decently educated in traditional Judaism but who were ill at ease when it came to secular topics — and on the East Side it was secular topics that were mainly in demand.

Diese *lecturers* lebten natürlich in einem Umfeld des Lernens, und die Sehnsucht für das Lernen war tief in dieser Population der Immigranten eingegraben. Howe [1976, 240f] berichtet:

One Yiddish lecturer tells the story of an engagement he had in Chattanooga [Tennessee]. It was in the dead of winter, a tremendous snowstorm forced the train to stop for hours, and by the time he reached the city it was midnight. He assumed his audience had long ago dispersed, but to his astonishment, there, at the station, was a committee cheerfully waiting for him. They told him that, the hall having closed down,

lamentarischen Bericht beziehend) 32 Fälle, bei denen Einwohner des Hungers wegen verstarben (die unbekanntes Fälle ausgeklammert). Auch Rubinstein berichtet über den Tod eines Freundes von ihm (in Paris, wo Rubinstein an der Sorbonne studierte), einem Mechaniker namens Frödus, dem einer krankheitsbedingten — zweiwöchigen — Abwesenheit von der Arbeit wegen gekündigt wurde. Nach einer acht-monatigen Arbeitslosigkeit, “müde, seine Freunde zu belästigen, überließ er sich dem Hunger, und starb einen schrecklichen Tod”.

the audience had gone to the house of an old Yiddishist. There the lecturer found a few dozen people prepared to hear him even though it was past midnight. He gulped a cup of coffee and began. No one stirred, no one left. By the time he had finished speaking and answered numerous questions, it was deep into the night. Still, no one left. A breakfast was improvised, people talked, laughed, and sang, preparing to go straight to their morning's work. The committee then took the lecturer back to the station, and as he boarded his train, one of them said, "I bet you'll never forget the Jews of Chattanooga".



Neben dem Reichtum als solchem wäre noch der institutionalisierte Reichtum anzusprechen, der dazu führte, daß heute Firmen existieren, die in ihrer Größe durchaus mit Nationen gleichzusetzen wären (siehe Seite 26). Die Größe dieser Firmen scheint nicht auf einem Skaleneffekt zu beruhen, also darauf, daß größere Unternehmen — ihrer Größe wegen — günstiger, effizienter produzieren könnten. Das Motiv zum Firmenwachstum liegt in diesen Fällen wohl anderswo, nicht im Bemühen, Produktionskosten zu senken, sondern in der Schaffung einer möglichst marktbeherrschenden Position, eines Oligopols.

Würden Gesellschaftssysteme wie die Beziehung zwischen Patient und Arzt funktionieren, dann würde die Gesellschaft als Patient bei Symptomen, die ungewöhnlich oder unangenehm sind, die auch mit einer gewissen Häufigkeit auftreten, den Arzt aufsuchen, und dieser würde, auf der Basis der Symptome und entsprechender Untersuchungen, eine Diagnose wagen und Behandlungen einleiten. Diese Behandlungen würden überprüft und im Verlaufe der Zeit auch angepaßt, gemäß der Kunst der Medizin. Aber die Gesellschaft sieht sich nicht als Patient: die vielfältigen Probleme, die mit unseren Gesellschaften verbunden sind, werden kaum diagnostiziert — geschweige



denn vernünftigen Lösungen zugeführt; es wird einfach verlangt, daß sich die Gesellschaft, als Patient, den Gegebenheiten, den geltenden Regeln, anpaßt (und nicht umgekehrt).

V

Daß eine gesellschaftliche, eine ökonomische Diskussion über den zeitlichen Graben von rund 120 Jahren fast nahtlos weitergeführt werden kann, erstaunt. Stiglitz [2013, Kapitel 1] nennt Zahlen, die sehr ähnlich sind zu jenen, welche Feigenbaum nennt:

The top 1 percent get in one week 40 percent more than the bottom fifth receive in a year; the top 0.1 percent received in a day and a half about what the bottom 90 percent received in a year; and the richest 20 percent of income earners earn in total after tax more than the bottom 80 percent combined.

Stiglitz denkt nicht, daß große Einkommensunterschiede eine notwendige Begleiterscheinung einer modernen Ökonomie wären, noch eine wünschbare:



[...] higher inequality has not led to more growth [...] In fact, it's the opposite: [...] in the period of increasing inequality, growth has been slower — and the size of the slice given to most Americans has been diminishing.

Auch das Argument mit der *trickle-down theory* läßt er nicht gelten, und bemerkt — mit leiser Ironie —

[...] trickle-down economics doesn't work, trickle-up economics may [...] the rich are getting richer, the richest of the rich are getting still richer, the poor are becoming poorer and more numerous, and the middle class is being hallowed out.

Und schließlich: auch das Argument fußend auf der *marginal productivity theory* eines idealen Systems, wonach jeder Akteur entsprechend seinem sozialen Beitrag zu entschädigen wäre, läßt er nicht gelten — weil die Systeme kaum ideal sind (würde heißen: ohne Externalitäten, ohne informationstechnische Vorteile oder Benachteiligungen, et cetera), und weil die Leistungen in der Regel keinem einzelnen Leistungserbringer zugeschrieben werden können [97f]:

[...] one can't really separate out any individual's contribution from those of others [...] Today, at least in many critical sectors, a large fraction of all advances depend on basic research funded by the government¹⁹.

Brecht umschrieb diese Problematik in seinen “Fragen eines lesenden Arbeiters” (1935):

49

Wer baute das siebentorige Theben? In den Büchern stehen die Namen von Königen. Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?

Und das mehrmals zerstörte Babylon, Wer baute es so viele Male auf? [et cetera]



Es scheint, als sähe Stiglitz die skizzierten Mißstände nicht bei seinem Berufsstand, den Ökonomen, sondern in der Politik, in der Deregulierung, in mangelnden öffentlichen Investitionen, in falschen Anreiz- und Steuersystemen, in der Fehlkonstruktion des €. Er skizziert die negativen Auswirkungen auf die Demokratie, das Rechtssystem, das Geldwesen. Mit all diesen Beobachtungen bin ich weitgehend einverstanden. Aber ich denke, daß die Ökonomie selbst einen Teil der Schuld an dieser Misere trägt, oder das Bildungswesen generell. Zwei Aspekte wären in diesem Zusammenhang demnach zu untersuchen: die Sozialwissenschaften im Gefüge der Wissenschaften ganz allgemein; und die Ökonomie als Lehr- und Forschungssystem.

Ohne Zweifel finden sich die primären Fortschritte der Wissenschaft, die sich während des vergangenen Jahrhunderts herauskristallisierten, in den Naturwissenschaften, dem Ingenieurwesen und den Wissenschaften des Artifizialen (Mathematik, Informatik, et cetera). Die Fortschritte in diesen Wissenschaften sind damit verbunden, daß die zu untersuchenden

¹⁹Siehe meine einleitenden Bemerkungen zu Abschnitt IV dieses Kapitels.

Probleme einer formalen Modellierung zugänglich sind. Diese Wissensgebiete sprechen Personen an, die sich dem strukturierten Denken verbunden fühlen; aber sie bilden oft auch eine Schranke für jene, die eher an den Sprachen gefallen finden.

Dieses Schisma, auf das z.B. C.P. Snow in seinen *Two Cultures* (1959 und 1963) verwies, erweist sich in vielen Belangen als ungünstig, der Erkenntnis nicht dienlich. Die enge Zuteilung der Talente zu ‘assozierten’ Wissenschaften ist nicht im Sinne der Wissenschaften selbst, aber sie prägt natürlich das Bild, das sich die Gesellschaft von den Wissenschaften formt, das sich Schüler bei ihrer Studienwahl machen. Die Assoziierung von Talenten des strukturierten Denkens mit den Studienrichtungen der MINT-Fächer²⁰ ist gut und recht, aber es besagt natürlich nicht, daß diese Personen die Sozialwissenschaften links liegen lassen sollten; und umgekehrt stellt sich die Frage, ob Schüler mit sprachlichen Vorlieben wirklich ungeeignet wären, in Modi zu denken, die sich einer Mathematik bedienen²¹.

Wir mögen noch etwas weitergehen: naturwissenschaftliche und technische Probleme sind deshalb eher modellierbar, weil sie in der Regel weniger komplex sind als Probleme der Sozial-,
der Gesellschaftswissenschaften²². Komplexe Probleme brau-

²⁰Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik, d.h. Fächer, die Frauen oft nicht wählen. Es würde sich lohnen, die Mathematik so zu lehren, daß sie für Frauen ansprechender wäre. Siehe auch Fußnote 21.

²¹Dies wäre noch zu untersuchen. Ein Blick auf die Musik zeigt, daß musisch ausgerichtete Personen z.T. außerordentliche Leistungen abstrakten Denkens zu erbringen vermögen.

²²Natur- und sozialwissenschaftliche Probleme unterscheiden sich stark (weil in den Sozialwissenschaften, im Gegensatz zu den Naturwissenschaften, “Akteure” zu berücksichtigen sind). Dieser Unterschied bildet die Basis für die Beurteilung, daß sozialwissenschaftliche Probleme oft komplexer



chen die besten Geister unserer Gesellschaft, um sie einer ‘Lösung’ zuzuführen, und es ist stoßend, daß just jene Personen durch die sozialen Entmischungsprozesse aus den Sozialwissenschaften ferngehalten werden, die über die besten Voraussetzungen verfügen, diese zu praktizieren. Entsprechend sehen die Sozialwissenschaften aus, so werden sie gelehrt und gelernt, analog ist ihr wissenschaftlicher Ruf.

Während der letzten Jahrzehnte minderte sich dieses Schisma, aber nur leicht. Der Ruf nach einer “Transdisziplinarität”, bei dem die Rufenden oft nicht genau zu wissen scheinen, was hierunter zu verstehen wäre²³ und eher einem Modebegriff auf-

sind als Probleme der Naturwissenschaften.

²³Interdisziplinäre — wissenschaftliche — Arbeit brachte Personen verschiedener Disziplinen zusammen, um ein gemeinsames — in der Regel

sitzen, brachte es vielleicht mit sich, daß eine ganze Reihe von Wissensgebieten von Personen verschiedener Herkunft — in einem *cross-disciplinary*-Sinne — untersucht werden. Ein Gebiet wie das der *computational biology* wird von Personen untersucht (d.h. aufgebaut), die eben nicht lediglich aus der Biologie stammen, sondern aus der Physik, der Informatik, der Mathematik; bei Gebieten wie der Neuro-Informatik bzw. der *computational social science* ist dies ähnlich. Diese *cross-disciplinary* Arbeit gab es natürlich schon früher, schon vor dem II. Weltkrieg, und es ist einer der Verdienste von Joseph Ben-David, daß er die Soziologie zur Schaffung neuer Disziplinen untersuchte (so z.B. die Bakteriologie und die Psychoanalyse)²⁴. Viele der herausragenden Arbeiten, der Gebietsschöpfungen der letzten Jahrzehnte — das *operations research* (Mathematik, Ingenieurwesen, Management), die Informatik (Mathematik, Elektrotechnik), die Umweltnaturwissenschaften (Chemie, Biologie, Geologie), die Spieltheorie (Mathematik, Ökonomie), et cetera — beruhen auf solch *cross-disziplinären* Ansätzen. In praktisch allen dieser Gebiete, dieser Neuschöpfungen, spielt die Mathematik — direkt oder indirekt — eine grundlegende, ausschlaggebende

technisches — Problem zu lösen, so z.B. im Rahmen des Manhattan Projektes, des Apollo Programms, des Auf- und Ausbaus des CERN. Transdisziplinäre Arbeiten zeichnen sich dadurch aus, daß sie Ansätze (Vorgehensweisen, Modelle, et cetera) einer Disziplin im Rahmen einer zweiten applizieren (z.B. Modelle der Physik in der Ökonomie oder Soziologie, oder Modelle der Biologie in der Ökonomie, mit Auswirkungen auf die Vielfalt der Disziplinen; heutige Beobachter sprechen in diesem Zusammenhang auch von *pilfering*, von “Klauen”, von einem Übernehmen von Konzepten und Modellen aus “fremden” Bereichen und der Nutzung in der “eigenen” Disziplin). Um beide Ansätze — interdisziplinäre und transdisziplinäre Arbeit — abzudecken (die sich oft nicht leicht trennen lassen), brauche ich selbst den Begriff *cross-disciplinary*.

²⁴Ben-David [1960] und Ben-David und Collins [1966].

Rolle, wobei oft keine bestehende Mathematik genutzt, sondern eine neue geschaffen wurde.

Das Ungenügen der Sozialwissenschaften erscheint einmal als eine Folge der gesellschaftlichen Mißachtung, weil diese Wissenschaft in ihrem Kern als obsolet — durch das generelle Marktregulativ ersetzt — betrachtet wird. Berufsleute, die eine Gesellschaft zu brauchen meint, Ingenieure, Juristen, Informatiker, Mediziner, et cetera, die finden einen Entfaltungsraum, der den entsprechenden Personen auch ein Auskommen sichert. Bei manchen Sozialwissenschaften — abgesehen von Politologen, die sich Abstimmungsprognosen widmen, oder Ökonomen, die für Banken arbeiten — wird die Bedeutung ihrer Existenz, der Vorstellung eines alles regulierenden Marktes wegen, nicht gesehen, und es existiert ein Vacuum bezüglich ihrer beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten.

Wissenschaften können nicht jenseits eines Marktes gesehen werden. In der Regel ist es so, daß die Wissenschaften ihren eigenen Markt, ihren angemessenen Berufsstand schaffen, und daß dort, wo dieser Markt eben lediglich eingeschränkt existiert, die Rechtfertigung für einen erweiterten Stand nicht gegeben ist. Das gilt für alle Berufe. Wenn Tätigkeiten kaum existieren, die es geben ‘sollte’, dann sind entweder das Sollen oder die Rahmenbedingungen dieser Tätigkeiten zu überdenken. Bei den Gesellschaftswissenschaften wären — aus meiner Sicht — die Rahmenbedingungen zu reflektieren und neu zu fassen.

Bleibt noch mein Kommentar zur Ökonomie, das zu formulieren wäre. Ich denke, es wäre anmaßend von mir, ‘die’ Ökonomie zu beurteilen, aber ich äußerte mich schon zum einen oder anderen Thema. Ich erwähnte, in einem anderen Zusammenhang, die Märchenhaftigkeit der klassischen ökonomischen

mischen *micro-theory*, die sich der Kräfte von Aladdin (aus Tausend und einer Nacht) bedient, indem in der Ökonomie von Prämissen ausgegangen wird, die sich viel zu weit von der Realität entfernen [Herbst, 2012]. Milton Friedmans Position, diese extensive Auslegung eines reduktionistischen Ansatzes klein-zureden, hat der Ökonomie — Friedmans Rezeption, seines Status', seines Einfluß' wegen — wohl sehr geschadet. Es wäre unerheblich,

“[...] whether [postulates] are descriptively ‘realistic’, for they never are, but whether they are sufficiently good approximations for the purpose in hand” [Friedman, 1953, 15].

Heute noch bildet diese klassische *micro-economics* einen Kern im geforderten Lehrplan der führenden Ausbildungsstätten, ohne den ein Studium der Ökonomie nicht denkbar ist — statt im Rahmen eines fakultativen, historisch geprägten Spezialseminars gelehrt zu werden. Dadurch wird eine Ideologie tradiert, die einem modernen Bild einer empirischen Wissenschaft abträglich ist. Hinwendungen auf eine Verhaltensökonomie, oder gute ökonometrische Studien, tangieren den primären — zweifelhaften — Grundtenor dieser Sozialwissenschaft kaum.

Ich vermisse vor allem zweierlei bei der Ökonomie: eine vernünftige Behandlung der zeitlichen Dimension über längere Perioden hinweg; und das vertiefte Studium der Differenz zwischen Ertrag und Aufwand. Die klassische *micro-economics* ignoriert beides: das erste hat keinen Platz in der ‘reinen’ Theorie, und das zweite kann im Rahmen der Vorstellung eines idealen Marktes nicht als ein Problem gesehen werden²⁵.

²⁵Die klassische Theorie der *micro-economics* läßt exzessive Differenzen zwischen Ertrag und Aufwand gar nicht zu.



Die zeitliche Dimension wird in der Ökonometrie im Rahmen von Zeitreihenanalysen analysiert, aber regel-basierte Simulationen (mit austauschbaren Regeln), die eine Gegenwart in die Zukunft fortschreiben, die sind rar; und weil diese Forschung nicht etabliert ist, läßt sich ökonomisches, sozial-politisches Verhalten auf der Basis angenommener Verhaltensregeln nur schwer, im Sinne von Axel Honneth, imaginieren und austesten. Ich sehe dies als ein primäres Defizit der Curricula.

Was das Studium der Differenz zwischen Ertrag und Aufwand betrifft, so steht das, was nicht-doktrinäre Ökonomen *rent seeking* nennen, eine Form der Ausbeutung, im Vordergrund; es bestimmt große Teile unseres Alltags:

The term ‘rent’ was originally used to describe the returns to land, since the owner of land receives these payments by virtue of his ownership and not because of anything he does [...] The term was expanded [...] to include the returns on [...] ownership claims [Stiglitz, 2013, 48f].

56 |

Bei *rent seeking* handelt es sich um eine Abschöpfung von Werten, für die ‘Besitzer’ keine Gegenleistung erbracht haben, indem Bodenschätze oder Agglomerationsökonomien ausgebeutet werden. Bodenschätze sollten allen Menschen — oder zumindest der lokalen Bevölkerung — gehören, und bei Agglomerationsökonomien²⁶ handelt es sich um Werte, die die Gesellschaft schuf [Fujita et al., 2001; Fujita und Thisse, 2002]. Wertsteigerungen von Liegenschaften oder Land (als Folge von Agglomerations- bzw. Urbanisationsökonomien), die erfolgen nicht Kraft irgendwelcher Leistungen der Besitzer, sondern aus anderen Gründen; und die Abschöpfung dieser Wertsteigerungen entspricht einer Umverteilung von “unten nach oben”, die im Gegensatz steht zu normalen, sozialpolitischen Doktrinen (die eine Umverteilung von “oben nach unten” vorsehen)²⁷.



Wollen wir gesellschaftliche Zustände normativ imaginieren, dann müßten wir vorerst unsere gegenwärtigen nachvollziehen können. Aber das tun wir nicht. Wir verhalten uns wie Radfahrer, die wohl zu radeln verstehen, aber die Physik dieser Bewegungen nicht begreifen; die das Geld, das monatlich elektronisch auf unsere Bankkonten überwiesen wird, auch auszugeben wissen — ohne wirklich zu erfassen, was Geld ist und was

²⁶Sie heißen auch Urbanisationsökonomien, weil sie sich in der Regel in Städten finden — bzw. die Ursache für die Städtebildung darstellen.

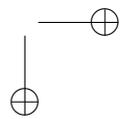
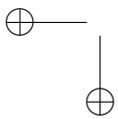
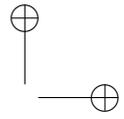
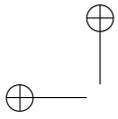
²⁷Durch progressive Steuern, zum Beispiel, um Einkommensunterschiede zu mindern und Armut zu bekämpfen; die Unterbindung der Abschöpfung von Wertsteigerungen ist ein wesentlicher Grund für die Schaffung und Existenz von Wohnbaugenossenschaften.

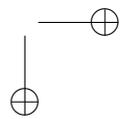
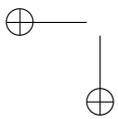
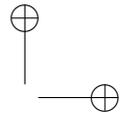
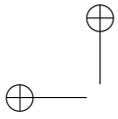
es repräsentiert. Auf der Basis dieses nicht-Begreifens ist die Zukunft zu erdulden, nicht aber zu erschaffen.

Die ursprüngliche Idee der linken, die Produktionsmittel in ihren Besitz zu bringen, ist hinfällig geworden: Reichtum wird auf andere Art erzeugt. Aber wie? Wo liegt die Basis für die pekuniären Unterschiede zwischen den Such-, Gruppierungs-, Trennungs- und Koppelungs-Algorithmen, den Internet-Protokollen, den mächtigen Statistik- und Datenanalyseprogrammen, alle von Wissenschaftlern kreiert und öffentlich zugänglich gemacht, und den Suchmaschinen von Google? Wo liegen die entsprechenden Unterschiede zwischen den — optimierten — Betankungsplänen von Fluglinien oder dem Erstellen und Betreiben eines Fahrplanes der Bundesbahnen, und dem Betrieb eines Portals wie Facebook oder Twitter? wo die Unterschiede zwischen der Bilanz von Glencore und jener einer landwirtschaftlichen Cooperative in Burkina Faso? Die Antworten hierauf sind gar nicht so schwierig — wenn man einmal gewillt wäre, diese Fragen zu stellen; und erst dann wird ein normatives Imaginieren möglich.

INDEX

- € (Euro), 15
Abbott [2014], 40, 61
Ben-David und Collins [1966], 52, 61
Ben-David [1960], 52, 61
Chomsky [2016], 26, 61
Churchman [1961], 2, 61
Duberman [1999], 2, 61
Feigenbaum [1889], 44, 61
Fourastié [1949], 19, 61
Frank und Cook [2010], 40, 62
Frank [2016], 40, 62
Friedman [1953], 53, 62
Fujita et al. [2001], 56, 62
Fujita und Thisse [2002], 56, 62
Herbst [2009], 7, 62
Herbst [2012], 53, 62
Herbst [2014], 62
Honneth [2015], 26, 62
Howe [1976], 45, 62
Jacobs [1961], 19, 62
Kahn [1966], 32, 63
Kerr [1994], 63
Kesting [1959], 19, 63
Khurana [2007], 31, 63
Marheineke [1840], 38, 63
Nowak [2006], 28, 63
Rawls [1999], 29, 63
Rubinstein [1895], 42, 63
Sandel [1998], 29, 63
Schwinges [2007], 10, 63
Spence [1974], 10, 63
Stiglitz [2013], 44, 46, 55, 64
Walzer [2007], 17, 64
Walzer [2012], 30, 64
Zimmermann [2006], 64





LITERATURVERZEICHNIS

- ABBOTT, A., “The Problem of Excess,” *Sociological Theory* 32 (March 2014), 1-26.
- BEN-DAVID, J., “Roles and Innovations in Medicine,” *American Journal of Sociology* 65 (1960), 557-568.
- BEN-DAVID, J. UND R. COLLINS, “Social Factors in the Origin of a New Science: The Case of Psychology,” *American Sociological Review* 31 (August 1966), 451-465.
- CHOMSKY, N., *What Kind of Creatures Are We?* (Columbia University Press, 2016).
- CHURCHMAN, C. W., *Prediction and Optimal Decision: Philosophical Issues of a Science of Values* (Prentice-Hall, 1961).
- DUBERMAN, M., *Left Out: The Politics of Exclusion — Essays 1964-1999* (Basic Books, 1999).
- FEIGENBAUM, B., VI KUMT A YID TSU SOTSIALIZMUS? (ARBAYTER FRAYND - Knights Of Liberty, 1889).

FOURASTIÉ, J., *Grand espoir du XXe siècle* (Presses Universitaires de France, 1949).

FRANK, R. H., *Success and Luck: Good Fortune and the Myth of Meritocracy* (Princeton University Press, 2016).

FRANK, R. H. UND P. J. COOK, *The Winner-Take-All Society: Why the Few at the Top get so Much More than the Rest of Us* (Virgin Books, 2010).

FRIEDMAN, M., *Essays in Positive Economics* (The University of Chicago Press, 1953).

FUJITA, M., P. KRUGMAN UND A. J. VENABLES, *The Spatial Economy: Cities, Regions, and International Trade* (MIT Press, 2001).

FUJITA, M. UND J.-F. THISSE, *Economics of Agglomeration: Cities, Industrial Location, and Regional Growth* (Cambridge University Press, 2002).

HERBST, M., “German Intellectuals and the Nazi Past,” *The European Legacy* 14 (2009), 247–249.

———, “The Poverty of Economics,” *The European Legacy* 17 (July 2012), 944–947.

HERBST, M., Ed., *The Institution of Science & the Science of Institutions: The Legacy of Joseph Ben-David*, Band 302 der *Boston Studies in the Philosophy and History of Science* (Springer Science + Business Media, 2014).

HONNETH, A., *Die Idee des Sozialismus* (Suhrkamp Verlag, 2015).

HOWE, I., *World of our Fathers: The Journey of the East European Jews to America and the Life they Found and Made* (Harcourt Brace Jovanovich, 1976).

JACOBS, J., *The Death and Life of Great American Cities* (Random House, 1961).

KAHN, A. E., “The Tyranny of Small Decisions,” *Kyklos* 20 (1966), 23ff.

| 63

KERR, C., Ed., *Abraham Flexner: Universities, American, English, German* (Transaction Publishers (Oxford University Press), 1994).

KESTING, H., *Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg* (Carl Winter Universitätsverlag, 1959).

KHURANA, R., *From Higher Aims to Hired Hands* (Princeton University Press, 2007).

MARHEINEKE, D. P., Ed., *Georg Wilhelm Friedrich Hegel's Vorlesungen über die Philosophie der Religion, Nebst einer Schrift über die Beweise vom Daseyn Gottes, Band I* (Duncker & Humblot, 1840).

NOWAK, M. A., *Evolutionary Dynamics: Exploring the Equations of Life* (The Belknap Press, 2006).

RAWLS, J., *A Theory of Justice* (The Belknap Press, 1999).

RUBINSTEIN, S., *Das Eigentum in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft* (Alexander Słomski & Co., Krakau, 1895).

SANDEL, M. J., *Liberalism and the Limits of Justice*, 2nd edition (Cambridge University Press, 1998).

SCHWINGES, R. C., Ed., *Examen, Titel, Promotionen: Akademisches und staatliches Qualitätswesen vom 13. bis zum 21. Jahrhundert, Band 7 der Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte* (Schwabe & Co, 2007).

SPENCE, A. M., *Market Signaling: Informational Transfer in Hiring and Related Screening Processes* (Harvard University Press, 1974).

64 | STIGLITZ, J. E., *The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers our Future* (W. W. Norton & Company, 2013).

WALZER, M., *Thinking Politically: Essay in Political Theory* (Yale University Press, 2007).

———, *In God's Shadow: Politics in the Hebrew Bible* (Yale University Press, 2012).

ZIMMERMANN, M., Ed., *On Germans and Jews under the Nazi Regime: Essays by Three Generations of Historians* (The Hebrew University Magnes Press, 2006).